

Pro Landschaftsplan

Die Bezirksregierung lehnt den Bebauungsplan der Stadt einstimmig ab

Weiden (af). Einstimmig lehnte die Bezirksvertretung Lindenthal in ihrer jüngsten Sitzung den von der Stadt erstellten Bebauungsplan für den Grünzug West ab. Das Gebiet zwischen Bonnstraße, der Autobahn 4 und dem Salzburger Weg soll einmal eine zusammenhängende Grünfläche als Naherholungsgebiet werden, über die Realisierung wird innerhalb der Verwaltung aber gestritten. Das Stadtplanungsamt erstellte einen Bebauungsplan, der den Grünzug bringen soll. Das Grünflächenamt hingegen sieht in dem seit 1991 geltenden Landschaftsplan das richtige Instrument zur Realisie-

rung des Naherholungsgebiets.

Streitpunkt ist unter anderem ein rund 30 Hektar großer, sich in Privatbesitz befindlicher Acker südlich der Potsdamer Straße. Gemäß Bebauungsplan würde auf ein Großteil des Geländes verzichtet, der dem Grünzug dann nicht mehr zur Verfügung stünde. Im Gegenzug hofft die Stadt, dafür vom Eigentümer einen 80 Meter breiten Streifen zugesprochen zu bekommen, der einen durchgehenden Grünzug ermöglichen würde.

Mit ihrem Votum entschied sich die Bezirksvertretung nun gegen diese Variante. Mit ihrer Entscheidung wissen die Be-

zirksvertreter den überwiegenden Teil der Bevölkerung hinter sich, denn zu Beginn der letzten Sitzung hatte beispielsweise die Sprecherin der Bürger-Interessen-Gemeinschaft (BIG) Junkersdorf, Astrid Franzen, Bezirksbürgermeisterin Helga Blömer-Frerker eine Liste mit 800 Unterschriften gegen den Bebauungsplan überreicht. Mit einem einstimmig verabschiedeten Änderungsantrag der Grünen fordern die Bezirksvertreter die Stadt nun auf, den Grünzug auf Grundlage des Landschaftsplanes zu realisieren.

Dieser weist das gesamte Gebiet, einschließlich des Privat-

grundstückes, als Landschaftsschutzgebiet aus. Somit würde in jedem Fall eine mögliche Bebauung des Areals verhindert. Dies war das vorrangige Anliegen der Anwohner. In dem Änderungsantrag wird die Stadt darüber hinaus aufgefordert, den Landschaftsplan im Hinblick auf die geänderte Luft- und Lärmbelastung hin zu optimieren sowie der Bezirksregierung regelmäßig über den Stand der Arbeiten zu berichten.

Nach dem gefassten Beschluss erklärte Rolf Becker von der SPD: „Wir hoffen, dass die Verwaltung jetzt endlich zu Potte kommt.“



■ Der Acker südlich der Potsdamer Straße befindet sich in Privatbesitz. Der jetzt von der Bezirksregierung gefasste Beschluss verhindert eine mögliche Bebauung des Geländes. Foto: Archiv